

Bericht und Abänderungsantrag

des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses und des Wirtschaftsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Walter Temmel, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 1176) betreffend Energiegutscheine für die Burgenländerinnen und Burgenländer (Zahl 22 - 857) (Beilage 1214).

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss und der Wirtschaftsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Walter Temmel, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Energiegutscheine für die Burgenländerinnen und Burgenländer, in ihrer 02. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 12. Jänner 2022, beraten.

Landtagsabgeordnete Melanie Eckhardt, MSc wurde zur Berichterstatteerin gewählt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Melanie Eckhardt, MSc den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Roman Kainrath stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Roman Kainrath gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss und der Wirtschaftsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Walter Temmel, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Energiegutscheine für die Burgenländerinnen und Burgenländer, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Roman Kainrath beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 12. Jänner 2022

Die Berichterstatteerin:
Melanie Eckhardt, MSc eh.

Der Obmann des Finanz-, Budget- und
Haushaltsausschusses als Vorsitzender
der gemeinsamen Sitzung:
Ewald Schneckner eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 12. Jänner 2022

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Wolfgang Sodl, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 857, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

Beschluss

des Burgenländischen Landtages vom betreffend Maßnahmen gegen steigende Energiepreise

Sonne und Wind werden im Burgenland bereits reichlich für die Stromproduktion genutzt, im Winter oder an windstillen Tagen muss derzeit aber noch Energie importiert werden. Um den gesamten Energiebedarf im Burgenland abzusichern, werden rund 50 Prozent durch Import abgedeckt - großteils aus Gas und Öl. Ziel ist es, das Burgenland vom Import und der nicht prognostizierbaren Preisentwicklung unabhängiger zu machen. Diese Abhängigkeiten kann man jedoch nur lösen, wenn man auf eigene Erzeugung setzt. Mit jeder Erneuerbaren Energie-Anlage wird der Import reduziert.

Die Energie Burgenland AG möchte ihre Erzeugung aus erneuerbaren Energiequellen daher weiter ausbauen. Hierbei werden wichtige Investitionen im Burgenland erfolgen und Arbeitsplätze gesichert sowie neue geschaffen. Bis 2025 wird die Energie Burgenland AG mehr als 75 Prozent des zwei Milliarden Euro schweren Ausbauprogrammes in den weiteren Ausbau von Windkraft, Photovoltaik, Fernwärme, die Stärkung der Netze sowie in Innovations- und Digitalisierungsprojekte investieren. Eine Studie des Instituts für Höhere Studien (IHS) und von Economica Austria errechnet, dass dieses Ausbauprogramm der Energie Burgenland AG eine Wertschöpfung von 830 Millionen Euro, im Rahmen des Ausbaus 9.200 Arbeitsplätze bringt und die CO₂-Emissionen um 1 Mio. Tonnen senkt. Somit leistet die Energie Burgenland AG einen wichtigen Beitrag zur Energieautarkie des Burgenlandes und zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2030.

Der Strompreis setzt sich im Wesentlichen aus Netzkosten (ca. 25 Prozent), Steuern und Abgaben (ca. 38 Prozent) und dem Energieanteil (ca. 37 Prozent) zusammen. Zu den Preis- und Tariffestsetzungen kommt es durch die vorgegebenen Regularien (Netz, Steuern, Abgaben) und die Entwicklung der Großhandelspreise an den Energiebörsen (Energieanteil). So erwachsen viele Kostenpunkte, welche nicht im Wirkungskreis der Energie Burgenland AG liegen.

Darüber hinaus stellte die EU-Kommission den Mitgliedstaaten Leitfäden (Toolbox) mit möglichen Maßnahmen gegen steigende Energiepreise zur Verfügung. Die seitens der EU-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen sind beispielsweise der zumindest zeitlich befristete Verzicht auf Abgaben für Energie und die Umverteilung von ETS-Einnahmen. Eine wirksame Sofortmaßnahme zur Entlastung der Haushalte wäre beispielsweise die zumindest befristete Befreiung der VerbraucherInnen von der Umsatzsteuer auf Strom und Gas. Die Bundesregierung könnte durch die Umsetzung der EU-Leitfäden eine temporäre Entlastung von durchschnittlich rund 560 Euro pro Jahr für einen burgenländischen Haushalt ermöglichen. So wurde in Tschechien beispielsweise die Umsatzsteuer auf Strom und Gas befristet aufgehoben. Durch die „öko-soziale“ Steuerreform in Österreich wird leider gerade

ein gegenteiliger Effekt erzielt, denn die Haushalte werden insbesondere aufgrund der CO²-Steuer nicht ent- sondern belastet.

Als Verteilnetzbetreiber im Burgenland ist die Netz Burgenland GmbH verpflichtet, die von der E-Control verordneten Tarife an die KundInnen zu verrechnen. Darüber hinaus ist die Energie Burgenland, Teil der Energieallianz Austria (EAA), welche im Jahr 2001 gegründet wurde. Das Unternehmen ist die gemeinsame Energievertriebs- und -handelsgesellschaft von Energie Burgenland, EVN und Wien-Energie. Die EAA-Gruppe ist Österreichs größter Energievertrieb mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem liberalisierten Strom- und Erdgasmarkt zu sichern. Schlussendlich ist anzumerken, dass in Deutschland und Österreich die Energie-Billiganbieter den Vertrieb reihenweise einstellen – mittlerweile bereits über 50 Unternehmen, weil diese entweder insolvent sind oder den KundInnen die Preisgarantie aufkündigen.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zum Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung sowie zu fairen Strom- und Gaspreisen im Burgenland.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge die seitens der EU-Kommission erarbeiteten Maßnahmen zur Vermeidung der steigenden Energiepreise schnellstmöglich umsetzen, um die österreichischen Haushalte zu entlasten.